

Erneut Debatte um Bürgerpark in Neubrücke: Noch kein Beschluss zur Schutzhütte

Die Umsetzung des Bürgerparkprojekts bleibt nicht zuletzt wegen formaler Gründe in den politischen Gremien des Doppelorts ein sehr zähes Ringen. Das hat sich am Mittwochabend in der Sitzung des Bauausschusses erneut gezeigt.



Obwohl Bänke und ein Tisch aufgestellt sind, weist das als Parkplatz und Standort für Container genutzte Gelände am Eingang des Bahnradwegs in Neubrücke derzeit eine sehr überschaubare Aufenthaltsqualität auf. Das soll sich mit dem dort geplanten Bau eines Bürgerparks ändern. *Foto: Cronenbrock (Archiv)*

Die Mitglieder hatten nach mehr als einstündiger Beschäftigung mit dem Thema eine Beschlussempfehlung vertagt, ob die Schutzhütte – eines der Kernelemente beim Vorhaben am Eingang des Bahnradwegs in Neubrücke – in der vom beauftragten Ingenieurbüro geplanten und von der Kreisverwaltung auch schon genehmigten Form ausgeführt werden soll. Vor einer finalen Entscheidung durch den Rat benötige man noch mehr Detailinformationen, hieß es vor allem seitens der CDU-Vertreter. Bei der SPD stieß das auf Unverständnis. Deren Parteifreund, Ortsbürgermeister Peter Heyda, räumte zwar selbstkritisch ein, dass er im bisherigen Verfahren möglicherweise nicht alle Formalitäten bedacht „und ich manchmal zu schnell handeln möchte“, sodass er in diesem Punkt Besserung gelobe, der Gemeindechef gab aber wie schon einige Tage zuvor in der

Haushaltssitzung des Gemeinderats (die NZ berichtete) ein leidenschaftliches Plädoyer für die Verwirklichung des Bürgerparks ab. „Ich appelliere an alle, dieses Projekt zu zerreden. Das wäre ein herber Rückschlag für unsere Gemeinde“, sagte Heyda im Ausschuss.

CDU: Zu wenige Infos im Vorfeld

Dass das Gremium keine Beschlussempfehlung abgab, lag unter anderem am Einwand der CDU, dass die Angaben zu den Abmessungen der Hütte, die auf die Leinwand in der Mehrzweckhalle projiziert wurden, kaum lesbar seien und diese Darstellungen auch nicht im Vorfeld in das für Mandatsträger einsehbare Ratsinformationssystem „Sessionnet“ der VG gestellt wurden. Diese Kritik hatte insbesondere Ausschussmitglied Peter Dunkel (CDU) angeführt.

Allerdings hatte der planende Ingenieur Günter Retzler zuvor über Größe, Breite und Höhe der Schutzhütte unterrichtet, die überwiegend aus Holz bestehen soll. Deren nach vorn in Richtung eines Multifunktionsplatzes geöffneter Mittelteil habe eine circa 25 Quadratmeter große Fläche, die beispielsweise für Vorlesungen in einem sogenannten grünen Hörsaal des benachbarten Umwelt-Campus, aber auch als Bühne für Veranstaltungen, etwa für Auftritte des Musikvereins, genutzt werden könnte.

Ausdrücklich stellte Retzler klar, dass sich allgemein am Gesamtkonzept des Bürgerparks und speziell an der Darstellung der Schutzhütte im Vergleich zur Vorentwurfsplanung, die der Gemeinderat im August 2020 mit nur einer Gegenstimme gebilligt hatte, keine wesentlichen Veränderungen vorgenommen wurden. „Unsere Planung ist auch so angelegt, dass es zwar die wesentlichen Elemente des Projekts aufzeigt, es lässt aber auch zu, dass Dinge noch verändert, zurückgestellt oder weggelassen werden können, ohne dass das Gesamtkonzept dadurch zerstört wird“, betonte Retzler.

Das Vorhaben am Eingang des Bahnradwegs ruht auf drei Säulen. Dort, wo sich derzeit die unbefestigte Parkfläche befindet, soll ein großer Spielbereich mit einem Erlebnishügel, der Schutzhütte, dem Multifunktionsplatz und Toiletten entstehen. Im hinteren Abschnitt ist im Umfeld des Steinaubachs eine Art Barfußpfad vorgesehen. In der Nähe der Saarstraße soll ein Fahrradparcours angelegt werden.

495.000 Euro betragen die veranschlagten Kosten für den Bürgerpark, wobei diese Kalkulation noch aus dem Jahr 2020 stammt. Über die Lokale Arbeitsgemeinschaft (LAG) Erbeskopf hatte die Gemeinde einen Zuschuss aus dem Leader-Programm der EU beantragt, was erfolgreich war. Seit dem 7. Februar liegt der Förderbescheid in Höhe von 250.000 Euro vor. „Die Zuschussgewährung ist aber an Fristen gebunden“, betonte Retzler. Die förderfähige Summe betrage 416.000 Euro, die auch verbaut werden müssen. Sollte in der Ausführungsplanung jedoch so stark der Rotstift angesetzt werden, dass man unter diesem Betrag bleibe, würde sich dazu prozentual auch der Zuschuss verringern. Für 2022 sei gefordert, dass bei den Arbeiten schon ein Förderbetrag von 180.000 Euro umgesetzt wurde. Die restlichen 70.000 Euro können auch noch 2023 verbaut werden, wobei dann bis Ende Juli bei diesem Projekt alles abgerechnet sein sollte.

„Deshalb sollten wir nun einen zügigen Baubeginn anstreben“, betonte der Planer. Er erklärte zudem, dass man sich in den nächsten Wochen und Monaten mit dem Ausschuss noch häufiger treffen sollte, um das weitere Vorgehen bei der Projektausführung abzustimmen und dann auch mögliche Änderungen zu besprechen.

Gremien nicht genug eingebunden

Edmund Schulz (CDU) bemängelte insbesondere die zurückliegenden Aktivitäten im Verfahren. Der Bauausschuss und der Rat seien nicht ausreichend eingebunden worden. Zudem habe es im Bauantragsverfahren für die Schutzhütte, die am 10. Januar zusammen mit der WC-Anlage bereits eine Genehmigung der Kreisverwaltung erhalten hatte, auch Schritte gegeben, die vorher einer Entscheidung der politischen Gremien im Ort bedurft hätten, monierte der frühere Erste Beigeordnete. „Das waren wir bisher anders gewohnt“, pflichtete auch Klaus-Peter Lauer (FWG) bei.

Heyda betonte, dass er diese Kritik auf seine Kappe nehme und stellte zudem ausdrücklich klar, dass sich diese Vorwürfe nicht gegen den Projektplaner richten sollten. Retzler wies danach aber zumindest erklärend darauf hin, dass er seitens der Birkenfelder VG-Verwaltung an die vom Fördergeber gesetzten engen Fristen erinnert worden sei und die Bauanträge für die Schutzhütte zügig fertiggestellt werden mussten, um auch den nunmehr vorliegenden Zuschussbescheid für das Bürgerparkvorhaben zu erhalten.

Dass mögliche formale Versäumnisse von Schulz so stark betont wurden, veranlasste Denise Werle (SPD) zu einer Wortmeldung. Sie wisse, dass sich der frühere Beigeordnete in dieser Materie sehr gut auskenne, und habe auch Verständnis dafür, wenn er das Vorgehen an dieser Stelle als zu schnell ansehe. „Mich stört allerdings, wie wir hier jetzt über ein Projekt reden, von dem wir am Anfang quer durch alle Fraktionen begeistert waren. Ich muss auch nicht gar nicht wissen, ob die Bühnenfläche der Hütte 25, 27 oder 34 Quadratmeter groß ist. Wir kennen die Pläne für den Bürgerpark, und ich finde sie sehen super aus. Im Moment fahre ich mit meinen Kindern oft zum neuen Spielpark nach Baumholder, weil der so schön geworden ist. So etwas Ähnliches könnten wir bei uns auch haben, und deshalb macht mich die Diskussion im Moment schon sprachlos“, erklärte Werle im Ausschuss.

Schulz: Will Projekt nicht verhindern

Dieser leidenschaftlich vorgetragene Standpunkt zeigte auch Wirkung. Denn Edmund Schulz antwortete darauf unmittelbar und betonte, „dass ich das Projekt gar nicht verhindern will und die vorgestellte Planung auch gar nicht grundsätzlich kritisiere. Ich möchte aber, dass im Verfahren die Gremien im Ort ausreichend informiert und der Gemeinderat nicht des ihm zustehenden Rechts beraubt werden sollte“, betonte der CDU-Politiker.

Danach legten sich zwar die kurzzeitigen Wogen in der Debatte wieder, zu einer Beschlussempfehlung in Sachen Ausführung der Schutzhütte konnte sich der Ausschuss aber wie eingangs erwähnt nicht durchringen. Das wiederum frustrierte vor allem Manuel Decker (SPD), der erst seit 2019 kommunalpolitisch tätig ist und mit Blick auf die um formale Fragen kreisende Diskussion in den Minuten davor abschließend einen Vergleich mit einem bekannten Bauprojekt in Berlin zog und sichtlich genervt kommentierte: „Jetzt ist mit klar, warum es bei uns in Deutschland so lang dauert, bis ein Flughafen fertig ist.“

Von unserem Redakteur Axel Munsteiner